

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

305 (31.12.1919)

Beilage zur Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unter dieser, vom letzten redaktionellen Teil abgetrennten Rubrik Besprechungen, Zusammenfassungen und Auszüge aus älteren Zeitungen, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bezieht sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Ueber Zwangs- u. Papiergeldwirtschaft.

Von Dr. R. Sauter, Freiburg.

Nachdem man unsere ungünstigen wirtschaftlichen Zustände eine Zeitlang hauptsächlich auf ungenügende Arbeit oder mangelnden Ausfuhrkredit zurückgeführt hat, scheint sich jetzt wieder mehr die Bewegung in den Vordergrund zu drängen, die in der Zwangswirtschaft das Hauptübel erblickt.

Da Menschenarten vom freien Spiel der Kräfte nicht mehr recht versagen wollen, sucht man auf andere Weise den Widerstand gegen die Aufhebung einzuschleusen. Von Osten, vom Kreise Dramburg, kommt uns die Kunde, daß wacker Männer, deren Zahl sich mehrt, den Beschluß gefaßt haben, die wichtigsten Nahrungsmittel zum seitherigen Preise weiterzuliefern, auch wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben werde. Damit soll für ganz Deutschland bewiesen sein, daß man die Zwangswirtschaft nicht mehr braucht. Einzuwenden muß man aber wohl noch glauben, daß die Mehrzahl der nicht im Kreise Dramburg wohnenden Landwirte einen Beschluß des angegebenen Inhalts — dessen rechtliche Verbindlichkeit dahingestellt sein mag — nicht unterzeichnen wird.

Man könnte ihnen dies auch nicht einmal übel nehmen. Sie würden vielleicht nicht ganz mit Unrecht darauf hinweisen, daß sich gar nicht absehen läßt, wie sehr noch der Wert unseres Geldes sinken wird, wenn erst die Zwangswirtschaft völlig aufgehoben ist. Wir bekümmern dann die von manchen so ersehnten Auslandspreise „zum Ausgleich“. Damit über-nähmen wir die ganze auch im Ausland schon infolge Mangel an Erzeugnissen bestehende Teuerung (die durch Höchstpreise und öffentliche Bewirtschaftung in geringerem Grade als bei uns zurückgehalten werden konnte) auf unsere inländischen Erzeugnisse. Da wir aber nicht die ausländischen Münzen zum Bezahlen haben und unsere inländischen gleichwertigen dem unserer Reichsbank und Reichsfinanzpolitik während des Krieges aus dem Verkehr verschwinden sind, so müssen wir mit Papiergeld zahlen, das in Wahrheit kein Geld sondern nur ein schlechter Geldersatz ist und dessen wirklicher Wert naturgemäß bei einer derartigen Menge von 55 Milliarden gegenüber einem nicht den 10 Teil betragenden Stand vor dem Kriege nicht im entferntesten dem von Münzgeld entspricht.

Daß wir schon jetzt nicht etwa nur infolge der allgemeinen Teuerung wegen Warenmangels, sondern auch infolge der besonderen durch die Geldverschlechterung hervorgerufenen Preissteigerung bedeutend mehr als früher für die einzelne Ware zahlen müssen — und zwar nicht nur im Verkehr mit dem Ausland, dürfte einleuchten, wenn man in Betracht zieht, daß jetzt mindestens 10 mal so viel deutsches Geld sich in Umlauf befindet (also nötigenfalls auch angeboten wird) wie früher.

Während im Inland der Wert des Geldes noch einigermaßen durch Zwangswirtschaft und Zwangskauf gehalten wird, kommt im Verkehr mit dem Ausland immer mehr der mit dem Goldpreis vergleichbare Wert zum Ausdruck.

Übertragen wir aber die Auslandspreise auf das Inland durch völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft unter Fortbehalten der Papierwirtschaft, so ist es klar, daß statt eines Abbaues ein immer höheres Steigen der Preise eintreten muß. Dies wollen aber viele Befürworter der freien Wirtschaft. Was dann aus großen Massen des Volkes wird, die ihr Einkommen nicht entsprechend erhöhen können, ist ihnen weniger angelegen.

Die, die während des Krieges und durch ihn viel verdient haben, hätten allerdings keinen Grund, sich der Angleichung an die Auslandsvaluta zu widersetzen, da sie sich durch diese immer noch weiter auf Kosten ihrer darbenenden Mitbürger bereichern könnten. Schon jetzt sind bei Fabrikanten Ringbil-

dungen bemerklich, die die Preisangleichung zwischen der Auslands- und Inlandsware unter Mehrbelastung des inländischen Verbrauchers mit der Auslandssteuerung und dem Mindertwert, den unser Geld im Ausland hat, ausnützen möchten. Die riesige Teuerung, die heute schon vielfach von der Industrie wohl noch mehr als von der Landwirtschaft ausgeht, scheint ihnen also doch nicht genügend. Glücklicherweise gibt es aber auch in diesen Kreisen Persönlichkeiten, denen dies bedenklich erscheint. So soll ein Fabrikant, der aufgefordert ist, sich einem Ring anzuschließen, um allgemein den Auslandsvalutapreis, der das Doppelte des jetzigen und das Vierfache des Friedenspreises für den betreffenden Gegenstand beträgt, durchzusetzen, mit der Begründung ärgern, daß er bei dem jetzigen Preise eigentlich schon gut seine Rechnung finde.

Geben wir erst die völlige Übertragung der Auslandsvaluta auf unser Inlandsgeld oder begünstigen wir auch nur diese Entwicklung, statt sie möglichst zurückzuhalten, so wird die Lage eines großen, wenn nicht des größten Teils unseres Volkes noch trostloser werden als sie es schon ist.

Selbst wenn wirklich infolge der Übertragung der Auslandspreise eine Produktionsübermehrung zu erreichen wäre, so nützt solche denen wenig, deren Kaufkraft schon bisher kaum erlaubte, auch nur das allernötigste zu beschaffen. Die Kaufkraft aber gleichzeitig allgemein künstlich zu heben — es sei denn durch Verbesserung der Währung — ist eine kaum durchführbare Aufgabe. Jedenfalls besteht nach den seitherigen Erfahrungen in dieser Hinsicht berechtigter Grund daran zu zweifeln, daß die Steigerung auch nur annähernd der Steigerung der Teuerung entspricht. Man wird sogar daran zweifeln müssen, daß dies auch nur den Beamten gegenüber ausreichend geschieht, obwohl sie eigentlich einen Rechtsanspruch auf Unterlassung der Verschlechterung der ihnen zustehenden Leistung gegen ihren Schuldner, den Fiskus, haben und obwohl es sich bei ihnen technisch am leichtesten durchzuführen ließe. Wie die Erfahrungen beweisen, die in der Zeit der ersten französischen Revolution mit der Ausgabe immer größerer Mengen von Papiergeld gemacht wurden, ist das Hauptübel, das die Teuerung in ihrer Wirkung so ungleich und so ungenügend verteilte, nicht der allgemeine Mangel an Borräten und an Arbeitskraft, noch weniger die Zwangswirtschaft, sondern letzten Endes die Papierwirtschaft. Hiermit soll jedoch nicht gesagt sein, daß man mit dieser ohne weiteres brechen sollte oder auch nur könnte. Gelänge es aber allmählich durch Besteuerung und Einziehung dem Kennwert des Geldes seinen früheren Wert wiederzugeben und eine gerechtere Verteilung herbeizuführen, so mögen diejenigen Rechte behalten, die sowohl eine Aufhebung der Zwangswirtschaft, als einen Ausgleich mit den Auslandspreisen verlangen. Ob sie diese Forderung freiwillig dann noch erheben werden, mag fraglich erscheinen. Manche erachten wohl dann, nach Wiederherstellung unserer Valuta, wieder „Anreizpreise“ auf anderem Wege, etwa durch entsprechend hohe Einfuhrzölle für zweckmäßig, während sie sich jetzt, wo unsere Valuta schlecht ist, mit allen Mitteln gegen Ausfuhrzölle wehren, obwohl diese zum Teil sowohl eine allgütigste Verschleuderung der Inlandsvaluta als eine einseitige Ausbeutung des Valutaunterschiedes auf Kosten der inländischen Verbraucher und eine Vertierung der Inlandswaren durch den höheren Auslandspreis verhindern könnten.

Wie sich die Verhältnisse bei allmählicher Dauer einer Papierwirtschaft gestalten können, ist aus einem 1875 erschienenen Werk von A. Schmidt, Professor der Geschichte in Jena, über „Pariser Zustände 1789—1800“ zu erfahren.

Im Jahre 1789 hat die französische Nationalversammlung, nach dem Namen der Staatspapiere (Anweisungen auf den Wert der Nationalgüter) herausgegeben. Das Mangel blieb im Verkehr; aber es wurde dafür bald Aufgeld bezahlt. Die Anweisungen wuchsen allmählich zu einer Summe von 45 Milliarden Livres (Franken) an. Die schlechten Erfahrungen, die Frankreich in den Jahren 1716—20 mit den von dem Schotten John Law empfohlenen Staatsbanknoten gemacht hatte, hatten nicht genügt, ein für allemal von demartigen Mitteln abzusehen.

Als die Anweisungen gar zu sehr im Kurse sanken, gab die Regierung (der Convention) ein weiteres Papiergeld unter dem Namen Mandats aus, dessen Kurs aber auch nicht lange standhielt.

Die Aufhebung der in kleinerem Umfang eingeführten Zwangswirtschaft, insbesondere des sogenannten Maximums — Höchstpreises — brachte ebensowenig eine erhebliche Besserung

in den Verhältnissen, wie sonstige Maßnahmen, die getroffen wurden, um ein weiteres Sinken des Geldwertes, d. h. Papierwertes, hintanzubehalten. Bekanntlich hat man die Anweisungen schließlich u. a. auch dadurch verwertet, daß man Zimmer damit tapetezte. In dem erwähnten Buche findet sich so vieles, was einen Vergleich mit der Entwicklung unserer Verhältnisse herausfordert, daß es sich vielleicht lohnt, einige Stellen anzuführen.

Über die infolge der Papiergeldwirtschaft eingetretenen Zustände und das Verhalten verschiedener Bevölkerungsklassen hierzu äußert sich der Verfasser wie folgt: Preistreiber bei Lebensmitteln und Holz (II, 253).

„Und gerade die Niederwerfung des Aufstands vom 1. April gab für den Handelsmarkt das Signal zu einer allgemeinen Panik. Die Händler der Verkäufer, meldete die Polizei in den folgenden Tagen, überschreitet alle Grenzen; die Preise aller Lebensmittel sind doppelt gestiegen, so daß 100 Livres in Anweisungen nur höchstens noch 10 Franken gelten. Auch die Holzpreise nehmen einen so schwindelhaften Aufschwung, daß die Kochen allein sich Holz anschaffen konnten. In bitteren Klagen erging sich die Menge. Ungezähligte Geldgier und Habgier beherrsche alles! Heutzutage sei Ziegeln erlaubt!“

Gesetz vom 21. Juni. „Da die Preise aller Dinge notwendig im Verhältnis der Umlaufmengen der Anweisungen stiegen, so wurde kraft des königlichen ein Stakal aufgestellt, nach welcher gewisse Zahlungen für bestimmte im Verhältnis zu der jeweiligen Ziffer des Notenumlaufs sich regeln sollten.“

Preissturz des Papiergeldes (II, 251). „Das Geld und die Verwirrung in jenen Monaten war entsetzlich. Die Konsumenten, die größtenteils ihre Anweisungen noch zu höheren Preisen hatten annehmen müssen, standen verzweifelt vor der Tatsache des furchtbaren und in seiner Tragweite unabsehbaren Papiersturzes (1 Louisdor = 24 frs. = 1000 frs. in Papier) und vor dem Anblick eines ihm entsprechenden unerreichbaren Emporschwellens der Preise aller Lebensbedürfnisse. Krampfhaft hielten überdies die Produzenten ihre Produkte, die Industriellen und die Händler ihre Waren fest. Um so mehr als der Convent unsterk auf seinen eigenen Gesetzen trüffelte...“

Lebensmittelversorgung (II, 252). „Ein Teil des Geldes wurde durch das Verhalten der Landleute verschuldet, indem diese ihre Lebensmittel nur gegen Gold oder Silber oder als Tausch gegen andere Waren hergeben wollten. Vor der Revolution mußten die Landleute bald nach der Ernte ihren ganzen Vorrat zu Markt bringen, um nur soviel Geld aufzubringen als sie nötig hatten, ihre schweren Abgaben zu entrichten. Sie kauften dann nachher selbst ihren Bedarf im Kleinen ein und behielten sich auch ohne Brot, wenn sie kein Geld mehr hatten. Seitdem sich aber ihre Lage gebessert hat, haben sie auch ihre Lebensart verändert. Sie legen erst von ihrem Vorrat zur Seite, was sie zu ihrem eigenen reichlichen Auskommen brauchen; sie besorgen wohl auch ihre Notdurft und die Handwerker, mit denen sie in Verbindung stehen, so daß nur ein kleiner Rest oder gar nicht davon auf den Markt kommt. Dieser Mangel an Zutritt erzeugt Besorgnisse, so daß die reicheren Leute bezogen werden, sich zeitweilen einen Vorrat zu beschaffen, der fast immer ansehnlicher ist, als diejenige Quantität, die sie in einem gleichlangen Zeitraum sonst zu verbrauchen pflegten.“

Lage des Beamtenums (III, 197, 153). „Noch übler waren jedoch die bisher in Mandaten bezahlten Gehälter und Beamtens daran. In Betreff der Beamten wurden allerhand Experimente gemacht, die ihnen gar keine oder nur eine kümmerliche Erleichterung gewährten. Am schmerzlichsten wurden die Rentner und Pensionäre mißhandelt. Auch Gelehrte, Beamte, Rentner, die jährlich 10 000 Livres in Anweisungen oder wenig darüber an Besoldung oder Rente bezogen und nach Abzug für Miete, Kleidung, Feuerung, Licht usw. nur täglich etwa 17 Livres für Nahrung übrig behielten, waren jetzt in der allerübelsten Lage. Die meisten von ihnen, darunter die große Mehrzahl selbst der berühmtesten Gelehrten, hatten längst während der anderthalb Jahre ihre Kostbarkeiten, Hausgeräte usw. allmählich veräußert, um nur Brot für sich und ihre Familien zu beschaffen, und waren jetzt von allem entblößt. Viele waren bereits vor Gram und Nahrungsnot gestorben; andere setzten nunmehr ihre letzte und liebste Habe daran.“

Neues von Friedrich dem Großen.

Friedrich der Große widerlegt alle Theorien, nach denen die Geschichte nur eine wirtschaftliche Entwicklung, eine Schöpfung der Massen ist. Er selbst hat es so laß ausgesprochen: „Die Kraft der Staaten liegt in den großen Männern, die die Natur in ihnen zur rechten Zeit hervorbringt.“ Man denke sich als Nachfolger Friedrichs des Großen, sagt der französische Geschichtsschreiber Ernest Lavisse, „einen König wie Friedrich I., der im Genusse der Königswürde aufging, sie in glänzenden Festen und Schaugesprächen betrat, und wahrhaftig ist es um Preußen geschehen; festerlich aber ist die Stunde seiner Geburt hinausgerückt. Man denke sich als Nachfolger des Soldatenkönigs eine brave Mittelmäßigkeit, dann tritt Maria Theresia ihre verbürgte Erbe an, und Preußen steigt nicht vom dritten Range zum ersten empor. Der ganze Verlauf der Geschichte wird ein anderer.“

Diese Worte entstammen dem Werke „Die Jugend Friedrichs des Großen“, das 1891 entstand und in Fachkreisen längst geschätzt war, aber jetzt erst den Weg in die deutsche Öffentlichkeit findet. Es ist neben dem rauschenden Helmsang des Engländers Carlyle der wertvollste ausländische Beitrag zur Geschichte Friedrichs des Großen, die oft unfreiwillige Huldigung eines Franzosen vor dem Genius des größten preussischen Königs. Ein hervorragender moderner Historiker strebt, hier nach geschichtlicher Objektivität, freilich ohne je ganz zu vergeßen, daß Friedrich der Große und sein strenger Vater die Schöpfer einer Macht waren, die Frankreich bei Austerlitz und Leipzig, bei Belle-Alliance und Sedan niederwarf. So finden sich denn auch bisweilen Spitzen und Bosheiten gegen beide Herrscher, und allzu unbedenklich schöpft Lavisse aus den trübten Quellen der Gesandtschaftsberichte oder aus den berückeltesten Memoiren der Marquäsin von Bayreuth, deren historischer Wert stark umstritten ist.

Davon abgesehen gibt Lavisses Buch ein packendes Bild vom Aufstieg des preussischen Staates. Ist doch rund ein Viertel des Wertes der Persönlichkeit des Friedrichs Wilhelm I. gewidmet, der die zerrütteten Finanzen des Staates musterhaft ordnete, die preussische Wehrmacht zum unerreichten Vorbild Europas erhob, die Diebe und Mörder aufknüpfte, ein faules, bestechliches Beamtenum zu Dienst-eifer und eiferner Pflichttreue erzog, der ein schwerfälliges und trüges Volk zur Arbeit, Ehrlichkeit und Sparamkeit zwang.

Es gibt aber nicht nur ein Bild vom Werden des jungen preussischen Staates, sondern vor allem auch die leidvolle Entwicklungsgeschichte einer großen Herrscherpersönlichkeit. Was die Jugendgeschichte Friedrichs des Großen so fesselnd macht, ist das Ringen zwischen Vater und Sohn, der tragische Kampf zweier starker Persönlichkeiten, die in wielem gleichartig, in ebenbürtigen aber entgegengesetzte und doch beide gleich notwendig waren, um dem Winterwesen, das damals Preußen war, seine endgültige Gestalt zu geben. Mit psychologischer Feinheit zergliedert Lavisse diese Entwicklung mit ihren Kämpfen und Widerständen bis zur schließlichen Aus-söhnung und gegenseitigen Anerkennung beider Charaktere. In der Form erhebt seine Darstellung sich nicht selten zu monumentaler Größe. Dieser erste Band führt nur bis zu Friedrichs erzwungener Heirat, die ihn auf eigene Füße stellte. Dem zweiten Band ist die weitere Entwicklung bis zu seiner Thronbesteigung vorbehalten. Es ist dringend zu wünschen, daß der erste Band allgemeine Beachtung findet, schon um die Herausgabe des zweiten zu erleichtern, zu dessen Subskription der Verlag Reimar Hobbing in Berlin auf der letzten Seite einladet, um feine Erscheinungen bei den jetzigen Verhältnissen auf dem Büchermarkt zu gewährleisten.

Die Verdeutschung besorgte der bekannte Übersetzer Friedrich von Oppeln-Bronikowski unter Beihilfe von Prof. Dr.

Volz, dem ersten lebenden Kenner Friedrichs des Großen. Sechs Jugendbilder des Königs, beginnend mit dem bekannten Bilde des Hofmalers Pesne, das Friedrich im langen Kinderkleid mit der Trommel neben seiner älteren Schwester zeigt, sind dem Werk beigegeben.

Gleichzeitig bringt der Verlag Reimar Hobbing ein Buch auf den Markt, das das Entzünden aller Freunde fredericianischer Literatur bilden wird: die „Gespräche Friedrichs des Großen.“ Sie sind von demselben Übersetzer verdeutscht, denn der König sprach bekanntlich vorwiegend französisch, und gleichfalls von Prof. Dr. Volz herausgegeben, der durch Bemühung der neuesten Forschung und ausreichende gelehrte Anmerkungen den Text bereichert und sein Verständnis erleichtert hat.

Eine Fülle von Illustrationen von Adolf v. Menzels Meisterhand umrahmt feinsüßig den Text. Außer den bekannten Holzschnitten aus Anglers „Geschichte Friedrichs des Großen“ sind hier vor allem die Kostbarkeiten der Fürstenaussgabe benutzt, einer Seltenheit auf dem Büchermarkt, die auf diese Weise der Allgemeinheit zugänglich gemacht ist. Kein Werk in der ganzen reichen Friedrich-Literatur ist gleich geeignet, den Menschen Friedrich, das Persönlichste in seinem Leben, in der Lebendigkeit des gesprochenen Wortes zum unmittelbaren Ausdruck zu bringen.

Diese Unterredung zeigen die weltumspannende Vielseitigkeit seines Geistes, die beständige Liebenswürdigkeit seines Wesens, aber auch, wenn es sein mußte, seine Strenge, seinen Mutterwitz und die Feinheit oder scheinende Schärfe seines Spottes, sein hobrender Erkenntnisdrang im Verein mit tiefstem Zweifel, seine königliche Gesinnung in den Tagen des Glückes und des Lebensgenusses wie in Kampf, Not und Sieg. Neben Ansprachen an seine Offiziere und Unterredungen mit Staatsmännern und Soldaten, mit Herrschern wie sein großer Gegner Kaiser Joseph II., mit Dichtern, Gelehrten und Künst-

Exportkammern (III, 193).

Wiederholt haben wir der Tatsache gedenken müssen, daß inmitten des Glanzes und im schroffen Gegensatz zu demselben, eine Fülle von Emporkömmlingen und Glücksrittern erwuchs, die durch Spekulationen, durch Schwindeln oder Unterschleife außerordentliche Reichtümer erworben hatten. Diese „Reu- bereicherten“ die meist zuvor „kein Mensch kannte“, oder die großenteils noch „vor einem Jahre“ mit den Lumpen der Armut bekleidet umhergingen, spielten jetzt eine immer ge- räumlichere und tonangebende Rolle, während die alten und reichen Familien in Masse zugrunde gegangen waren oder kaum noch ihr tägliches Brot zu finden vermochten. Die Er- steren machten sich als die Hauptträger des Luxus und der raffiniertesten Genüsse geltend.

Der fast nichtige Wert der Assignaten, die schändliche Spe- kulation der Verkäufer und Käufer „alle diese Plagen zu- sammengenommen, erklärte die Polizei, verführten eine dumme Gärung, von der die Wölligen nicht ermanen werden, Nutzen zu ziehen, um das Volk zu verführen und zu gefähr- lichen Bewegungen hinzubringen, denen vorzubeugen die dringende Aufgabe ist. Die Polizei berichtete der Regierung: Der Handel heuete das öffentliche Unglück aus und treibt die Bürger zur Verzweiflung. Die Pächter und Bauern un- terstützen in hohem Maße vermittelnden Zwische; von Assignaten (Papiergeld) gestützt, wollen sie von ihrem über- fluß an Lebensmitteln nichts geben. Man verwünschte daher die Assignaten und verlangte deren Verschwinden; man ver- wünschte die Staatsmänner, die sie so maßlos vermehrt hatten.“

Zur Debatte über den Einheits- Staat

Schreibt Dr. Hermann Lauer im „Donauboten“:

Es wird jetzt klarer und klarer wie es mit dem Streben nach dem Einheitsstaat steht.

Zunächst bildet ein Haupthindernis Bayern, in dem die großen Massen, die von der Bayerischen Volkspartei und dem Bauernbund geführt werden, aufs schärfste jede weitere Be- einträchtigung bayerischer Selbständigkeit ablehnen.

Abnehmend verhalten sich auch im Großen und Ganzen die Einzelregierungen, obgleich sie alle in ihrer obersten Spitze mit Sozialdemokraten besetzt sind, die sonst für den Einheits- staat schwärmen.

Denen, die aus Sparmaßregeln für den Einheitsstaat eintreten, wird zum Teil mit Recht erwidert, daß der Ein- heitsstaat kaum billiger sein werde. Man wolle doch trotz Einheitsstaat Dezentralisierung! Also werde man Provinzial- landtage haben! Auch der Regierungsapparat einer Provinz- alverwaltung werde kaum kleiner sein! Die Ersparnisse wären also nur darin zu suchen, daß mehrere Länder zu einer Provinz zusammengelegt werden könnten, was übrigens auch nach der jetzigen Verfassung schon möglich ist. Andererseits ent- stehen aber auch mehr Provinzen, da Preußen nicht beisammen bleiben wird.

In dem wenig den Deutschen der reine Einheitsstaat im Blute liegt, zeigt die jetzt erfolgende Umgestaltung Deutsch-Oster- reichs: hier wird der Einheitsstaat in den Umgestalt ver- wandelt, das Vorbild der Schweiz wird nachgeahmt, nicht das des Deutschen Reiches. Die Wiener Zentralregierung erhält nur die notwendigen Befugnisse. Ohne Zweifel ist dies die rechte deutsche Art, die die wenigsten Spannungen bringt. Würde jemals die Frage nach einem Anschluß Österreichs wieder in den Vordergrund treten, so würde ein deutscher Einheitsstaat ein starkes Hemmnis des Anschlusses bilden. Tatsächlich ist es aber bei der Veranlagung der Deutschen nicht möglich, das Bewußtsein der Stammeszugehörigkeit aufzugeben und nur Deutsche sein zu wollen. Das mögen Einzelne sich leisten, die Massen werden härter aufeinanderstoßen. Man wolle doch die natürliche Anlage nicht umstoßen! Das ist wohl auch nicht beabsichtigt, aber dann lasse man so lange als möglich, auch einmal die gewohnten Verhältnisse.

Der heftige Minister Dr. Ulrich hat mit Recht auch auf die Beunruhigung hingewiesen, die jetzt überall entstanden ist und die auch alle Parteien spaltet, seitdem die Frage des reinen Einheitsstaates in die Debatte geworden ist. Er meint mit Recht, daß man dem Einleben von Ideen Zeit lassen müsse. Die neue Reichsverfassung habe den Weg zum Einheitsstaat so wie so schon gebahnt. Sie sei ruhig angenommen worden. Jetzt aber komme die Umkehr. Wir müssen eigentlich froh sein, daß wenigstens die erste Verfassung unter Dach und Fach ist. Gätte man nicht während der Zeit der Beratung mehr auf die Spartakistenbewegung als auf die Nationalversammlung geachtet, wäre man nicht froh gewesen, daß überhaupt etwas zustandekommt und daß wenigstens die Materiepublik vermie- den würde, so wäre schon der Kampf um die jetzige Form der Vereinheitlichung größer gewesen. Die Frage ist nicht ganz unberechtigt, daß die Parteien der Nationalversammlung ohne jede Umfrage bei den Parteiorganisationen das Deutsche Reich grundstlegend geändert haben. Wohl waren sie gerade zur Schaffung einer neuen Verfassung gewählt. Aber es konnte bekannt sein, daß in verschiedenen Fragen die Wähler- massen andere Ansichten hatten. Auch waren die bereits ent- standenen neuen Verfassungen der Einzelstaaten doch in Er- wägung zu ziehen und die Tatsache, daß diese vielfach andere Wege wiesen. Zum Teil redete auch das Parteiprogramm eine andere Sprache. Alle diese Dinge gingen unter in dem

lern wie Gellert, Gottsched und der weitblickende Franzose Zibetault, oder fürsten des Geistes und der Wissenschaft wie Voltaire und d'Alembert, stehen rührende Gespräche des Lan- desvaters mit den Kleinen und Bedenken, vor allem aber die täglichen Unterredungen mit seinen Gesellschaftern und Vor- lesern — de Satt, der ihn in den tragischen Zeiten des sieben- jährigen Krieges begleitete, und der feingebildete vielseitige Italiener Buchesini, der Gefährte seines ruhmreichen Alters, ihnen hat er sich als Mensch anvertraut, ihren Widerspruch ertragen, vor ihnen seinem Genuß freien Lauf gelassen. Neugierig vielleicht das bedeutungsvolle sind schließlich die Ge- spräche mit dem Arzt seiner letzten Krankheit.

Wie Goethes „Gespräche mit Eckermann“ uns am unmittel- baren in die klare Geisteswelt des Olympiers einführen und dadurch zum wahren Volksthum geworden sind, so führen uns diese Gespräche Friedrichs des Großen in sein Innerstes ein und lassen uns an seinem täglichen Leben teilnehmen. Wir sehen ihn im Kabinett von Sanssouci, im Feldlager, bei der Messe, an der Tafel, auf Reisen, auf dem Krankenlager. Wir erleben den Eindruck seiner eckfurchtgebietenden Persönlichkeit auf seine Besucher und Gäste. Manche dieser Gespräche wach- sen sich zu abgerundeten Stimmungsbildern aus. Freilich müssen wir bisweilen mit kurzen Tagebuchnotizen fürlieb nehmen: aber diese Notizen haben wenigstens den Vorzug der Ehrlichkeit vor den zugefügten Darstellungen, wie sie de Götts „Memoiren“ bilden, die nichts als ein, aus seinen Tagebüchern herausgenommener Monoton sind und daher in die Sammlung nicht aufgenommen wurden. Sie haben naturgemäß auch manche Lücken. Genau wie bei Goethe mehren sich die Auf- zeichnungen über Gespräche mit Friedrich dem Großen mit seinem Alter. Dagegen sind die frühlichen Tage der Weins- berger Jugendzeit, die geistigen Bachkanäle der Tafelrunde von

Verlangen, einmal festen Boden unter die Füße zu bekom- men, in den Schwierigkeiten des Verkehrs, in den Unruhen der Spartakisten.

Jetzt ist ja mehr Zeit, und jetzt sieht man auch, daß die Ansichten der Massen durchaus nicht denen der Mehr- heit der Nationalversammlung einheitlich entsprechen.

Es werden aber auch die Gruppen der Mehrheit der Na- tionalversammlung selbst über den oder jenen Punkt sehr verschiedene Meinungen sein. Manche Paragraphen der letzten Reichsverfassung sind schon die reinsten Kaufschulparagraphen, Meisterstücke der Kompromißerei, aus denen der eine das, der andere jenes herausliest. Genau so verhält es sich mit dem Aussen nach dem reinen Einheitsstaat. Der eine versteht das darunter, der andere jenes. Auf so schwankenden Boden sich zu bewegen, ist jedenfalls eine Sache größter Vorsicht.

Gewiß läßt sich eine Form des Einheitsstaates finden, die unter den gegebenen Verhältnissen befriedigend könnte, aber wer gibt uns die Garantie, daß diese Form gewählt wird? Wenn sich z. B. Abg. Fejng im Bad. Beobachter vom 27. De- zember 1919 ein System gleich großer Länder mit eigener pa- rlamentarischer Vertretung denkt, so ist dies aber zunächst nur ein „Denken“. Und Herr Fejng hat nichts in der Hand, das eine Garantie bietet, das nicht weit über das hinausgeht, was er will. Solange die Nationalversamm- lung dem Artikel 16 betr. Auserkennung der Beamten keine der Dezentralisation günstigere Fassung zu geben vermag, halten wir nicht viel auf solche Dezentralisations- pläne. Der Schutz der paar badischen Abgeordneten will und sehr gering dünken. Man muß also zunächst einmal Garan- tien schaffen und die sind schwer zu bekommen.

Bei einem Zusammenwerfen von Ländern kommen übri- gens auch so viele lokale Interessen unter die Räder, so daß auch hier Vorsicht geboten ist. Ebenso geht manches Gut- bewährte und seit hundert Jahren Erprobte unter, wohl auch in Baden. Wenn die ganze Gesetzgebung in Berlin ge- macht werden soll, so wollen wir nicht begreifen, daß gerade Baden — sehr weit von Berlin ist!

Letzten Endes bleiben als wichtigste Gründe für den Ein- heitsstaat — die preussische Frage und die Rheinlandsfrage bestehen. Ihr Gewicht ist beträchtlich. Bei der Würdigung der ganzen Frage sind sie im Auge zu behalten.

Badische Zeitungstimmen.

(Alle den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein oberflächliches Bild geben von den Stimmungen und An- scheinungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

Der Duell-Anfang.

Ein besonderer Mitarbeiter schreibt dem „Bad. Beobachter“: „Der Duell-Anfang legt wieder auf! Es geschieht das in einer Weise, welche die Unmoralität, ja man möchte fast sagen, die Groteske einer derartigen Sitte wieder einmal scharf beleuchtet. Es handelt sich um folgendes:

In dem aufsehenerregenden Prozeß gegen den Leutnant Marloth, der wegen der Erschießung von 29 Matrosen im März 1919 in der Französischen Straße in Berlin angeklagt war, wurde auch der Hauptmann von Kessel, der eine Gruppe der Berliner Sicherheitswache führte, nach dem Ergebnis der Prozeßverhandlungen aber vom Dienste vorläufig entbunden wurde, zur Vernehmung herangezogen. Es wurde im Ver- laufe dieses Prozesses behauptet, daß von seiner vor eigenem Kommandier jenes Besuchs gewesen sei und daß er insbe- sondere die Flucht des Leutnants Marloth betrieben und begünstigt habe. Es sei das geschehen, so wurde behauptet, um Herrn von Kessel einen unangenehmen Zeugen beiseite zu schaffen und ihm damit die Verantwortung abzunehmen. Der deutschnationalistische Pfarrer Rump trat in diesem Prozeß als der schärfste Ankläger gegen Herrn von Kessel auf. Es wurde da von Meineid, von Urkundenfälschungen, und von sonstigen, im höchsten Grade ehrenrührigen Verfehlungen ge- sprochen, auf die samt und sonders Ludwigshaus steht.

Nun hat der Herr von Kessel dem Pfarrer Rump eine Pistolensforderung unter schärfsten Bedingungen zugehen lassen. Der Geforderte erklärte, daß er mit dem Herrn von Kessel nichts zu tun hätte und nichts zu tun haben wolle. Er werde und könne deshalb auch die Forderung nicht an- nehmen. Im übrigen hat Rump die Angelegenheit mit dem Oberstaatsanwalt übergeben. Er ließ der Öffentlichkeit mit- teilen, daß nach seiner Meinung das Gericht die einzige Stelle sei, die sich in Zukunft mit der Angelegenheit des Herrn von Kessel zu befassen haben werde. (von Kessel ist inzwi- schen verhaftet worden.)

Soweit der Sachverhalt. Wir wollen auf eine Beurteilung der einzelnen Vorgänge nicht eingehen, um so mehr, als dazu in anderem Zusammenhang das Wort ohnehin ergreifen werden muß. Wir wollen nur hervorheben, wie unnötig gerade die Duellforderung ist. Der Herr v. Kessel wird unter Anführung einer ganzen Reihe von verblüffenden Einzelheiten schwerer dienstlicher und persönlicher Verfehlungen von dem Herrn Pfarrer Rump beschuldigt. Statt nun diese An- gelegenheit auf dem einzig richtigen Wege, dem des Gerichts, zum Austrag zu bringen, soll nach dem Wunsch und dem Ehrgeiz des Herrn von Kessel eine Pistolensforderung ihr Urteil darüber sprechen, ob das, was er getan hat, recht war

Sanssouci vertraut, ohne mehr als einen schwachen Nachhall zurückzulassen. Aber es ist doch genug des Schönen u. Schönen hinterließen, tausend majestätische Einzelzüge, die sich zu einem geschlossenen Ganzen zusammenfügen, ein Facette- schiff mit mannigfachen Lichtern und Brechungen, der den ein- zigen unschätzbaren Diamanten zeigt, die Seele Friedrichs des Einzigen.

Die Mehrzahl dieser Gespräche war in Memoirenwerken Reisedriften, Briefsammlungen, Tagebüchern, Charakteristiken verstreut und verblüht, nur den Gelehrten bekannt, meist in französischer Sprache geschrieben und von wenigen Verden- tungen abgesehen, vergessen. Ihre Zusammenfassung bietet daher für die breitere Öffentlichkeit etwas Neues und einen fröhlichen Blick seiner eigenen Werke und Briefe, die bekanntlich noch vor dem Kriege in einer zwölfbändigen deut- schen Monumentalausgabe (10 Bände Werke, 2 Bände Briefe) in gleichem Verlage erschienen und von der gesamten deutschen Presse als literarische und buchtechnische Meisterleistung ge- rühmt worden sind. Im gleichen Format und der gleichen Ausstattung erschien damals auch eine einbändige Frie- drich-Biographie von dem Historiker Max Meier, die an der Hand dieser Ausgabe ein lebendiges Charakterbild des großen Königs entwirft und gewissermaßen deren Ergänzung bildet. Um auch den Wünderbewundern das Kostbarste aus dem literarischen Vermächtnis des großen Königs zugänglich zu machen, hat der Verlag schließlich noch während des Krieges eine zweibändige Volksausgabe der Werke und Briefe Friedrichs auf den Markt gebracht, eine ge- schickte Auswahl aus der großen Ausgabe in derselben wür- digen Ausstattung, die sich als Geschenkwert in hohem Maß eignet.

oder nicht. Das ist eine ganz wahnsinnige Verwirrung der Begriffe, insbesondere eine ungewöhnliche Erniedrigung des Ehrbegriffs überhaupt. Man glaubte den Duellunfug schon geschwunden, und nun sieht man ihn in einer, man möchte sagen, brutalen lächerlichen Form wieder aufleben. Gerade aber der Umstand, daß diese Duellforderung auf einer so grotesken Grundlage steht, wird mit dazu beitragen, diesen Unfug der Lächerlichkeit preiszugeben, und ihn damit in eigener Lächerlichkeit zu erlösen.“

Die miflungene Sparprämienanleihe und ihre Lehren.

Unter dieser Überschrift schreibt Dr. Heinrich Dröse in der „Badischen Landeszeitung“ u. a.:

Das Ergebnis der Sparprämienanleihe, die sich auf 5 Mil- liarden belaufen sollte, und für die lediglich 3,8 Milliarden gezeichnet wurden, zeigt, daß wir uns das Rechnen mit phan- tastischen Ziffern auf diesem Gebiete abgewöhnen müssen. Die Industrie, die die Kriegsanleihen in großen Summen gezeichnete, braucht jetzt ihre Mittel dringend für die eigenen Zwecke. Die zahllosen Aktienkapitalerhöhungen beweisen, daß die industriellen Unternehmungen mit ihren Mitteln nicht ein- mal auskommen. Die Rentner, die mittleren und kleineren Spar- er aber haben für große Beträge in Sparprämienan- leihe keine Verwendung, da sie keine laufenden Zinsen ab- wirft. Man legt sich ein oder zwei Stück hin, um wie bei ei- nem Los an den Gewinnchancen teil zu haben. Der Zeichner eines einzelnen Stückes mußte neben 500 Mark in Anleihe noch 500 Mark in bar aufweisen. Gar manchem kleinen Besi- zer von Kriegsanleihe, der an sich zum Umtausch bereit gewesen wäre, fehlen in der gegenwärtigen Zeit der Teue- rung die hierfür nötigen Barmittel, er braucht sein Geld, um die unerlässlichen Einkäufe an Nahrungsmitteln und Verbrauchs- artikeln zu besorgen. Welche Kreise sind zudem mit Kriegs- anleihe geradezu vollgegriffen, sobald sie angeht die unsicheren politischen Zustände keine Reue verspüren, noch weitere Barmittel dem Reiche leihweise zur Verfügung zu stellen. Welche Leute aber haben befristetweise vielfach nur festes Prämienanleihe gezeichnet, als im Erblichkeitsfall nach den bekannten Ausnahmebestimmungen des Anleihegesetzes steuerfrei bleiben werden.

Der treibende Gedanke bei der Auslösung der Sparprämien- anleihe war der, das Terrain für die Aufnahmefähigkeit dieser Art von Anleihen zu sondieren. Gätte dieser Tag größeren Anlauf gefunden, so wäre damit ein Weg gegeben ge- wesen, um die drückenden Zinslasten des Reichs in weitgehendem Maße von den Schultern der Gegenwart auf die der kommenden Generationen abzulagern. Daneben be- stand die Absicht, dem Reich auf diesem Wege 2 1/2 Milliarden an flüssigen Mitteln zuzuführen. Wie soll nun der dringende Reichsbedarf an Barmitteln gedeckt werden? Den Weg der Begebung von Schatzwechseln und der Inanspruchnahme der Notenpresse kann ein gewissenhafter Finanzminister, der nicht nach dem Grundsatze handelt: Nach uns die Sintflut, auf die Dauer nicht wandeln. Wer aber heute auf dem Wege der Anleihe Geld für das Reich beschaffen will, muß etwas be- sonderes bieten. Eine gewöhnliche Reichsanleihe hätte ver- muthlich ganz wenig Aussehen, gezeichnet zu werden; eine Sparprämienanleihe schlägt, wie man sieht, auch nicht ge- nügend ein. Besseres wäre es aber empfehlenswerter, nach allem, gerade in Baden bekannten Kreisen eine fast laufend verzinsliche Prämienanleihe herauszugeben, die neben den Gewinnmöglichkeiten etwa eine dreiprozentige Verzinsung bieten würde. Die Sparfaktoren gewähren heute in der Hauptsache auch nur noch 2 1/2 Proz. Zinsen. Eine Anleihe dieser Art würde daher vermuthlich eher umarmt werden können. Ge- leicht ist das auch der gegebene Weg, um, wie von dem Karls- ruher Bankier Hecht schon vorgeschlagen wurde, die ganze Kriegsanleihe, soweit sie nicht vom Reichsnotopfer erfasst wird, in eine Prämienanleihe umzuwandeln und gleichzeitig die große schwebende Schuld, bestehend in Schatzwechseln in eine feste Schuld umzuwandeln.

Die traurige Lage unfres Vaterlandes wird bei den Geg- nern der Erzbergerischen Finanzpläne die Schadenfreude über diesen Mißerfolg seiner ersten großen Finanzaktion schwerlich in voller Freiheit aufkommen lassen. Der Reichsfinanz- minister könnte gegenüber solchen Äußerungen der Schaden- freude schließlich auch darauf hinweisen, daß, wenn früher in Friedenszeiten eine Reichsanleihe aufgelegt wurde, man recht vergnügt war, wenn drei- bis vierhundert Millionen gezeich- net wurden, und daß in Anbetracht des zehnfach erhöhten Geld- umlaufs das gegenwärtige Ergebnis von 3,8 Milliarden als normal bezeichnet werden könnte. Immerhin bleibt die Tat- sache des Mißerfolges bestehen.“

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 15. Dezember d. J. beschlossen, den Professor Gustav Kurz vom Realgymnasium mit Realschule in Weinheim in gleicher Eigenschaft an die Oberrealschule in Karlsruhe zu versetzen; den Lehramtspraktikanten Karl Benz von Weisbach zum Pro- fessor am Realgymnasium mit Realschule in Weinheim zu er- nennen.

Das Staatsministerium hat unterm 15. Dezember d. J. beschlossen, auf 1. April 1920 den Professor Dr. Ing. Ruffelt, z. Zt. Ingenieur der badischen Ammin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, zum ordentlichen Professor der Maschinen- lehre an der Technischen Hochschule zu ernennen.

Druckfehler-Berichtigung.

In der gestrigen Bekanntgabe der Versetzungen von Pro- fessoren und Lehramtspraktikanten war es richtig heißen: Das Staatsministerium hat unterm 15. Dezember d. J. beschlossen . . . die nachstehend genannten Lehramtsprakti- kanten zu Professoren an den jeweils beigesetzten Anstalten zu ernennen und zwar:

an der Reiffingschule (nicht Humboldtschule) in Mann- heim: Dr. Emil Schrieder von Ergingen.

Mit Entschliessung des Ministeriums der Finanzen vom 24. Dezember d. J. wurde dem Bahnbauverwalter Emil Siegele in Karlsruhe Rangierbahnhof das Stationsamt I Karlsruhe und dem Bahnbauverwalter Gustav Winter beim Güteramt Mannheim das Stationsamt I Mannheim übertragen.

Mit Entschliessung des Ministeriums der Finanzen vom 24. Dezember d. J. wurde die Veretzung des Güterverwalters Ernst Frey in Singen (Hohentwiel) nach Konstanz zurück- genommen und dem Güterverwalter Josef Atia in Überlin- gen anstelle des Güteramtes Singen (Hohentwiel) das Güter- amt Konstanz übertragen.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat veretzt: unterm 4. September d. J. den Eisenbahnsekretär Arthur Sellmann in Steinbach (Baden) nach Ottersweier, unterm 14. November d. J. den Eisenbahnsekretär Karl Köhler in Karlsruhe nach Neustadt (Schwarzwald), unterm 14. November d. J. den Eisenbahnsekretär Karl Steine in Neustadt (Schwarzwald) nach Karlsruhe, unterm 22. November d. J. den Eisenbahnsekretär Karl Berger in Triberg nach Basel.